

ANTIMUSLIMISCHER RASSISMUS WANDEL DURCH KONTAKTE

Herausgegeben von Jürgen Micksch



STIFTUNG
für die Internationalen Wochen
GEGEN RASSISMUS

1. ANTIMUSLIMISCHER RASSISMUS

Inhalt	
1. Antimuslimischer Rassismus	3
2. Wie kommt es zur Muslimfeindlichkeit?	6
3. Die Demokratie wird gefährdet	10
4. Wandel durch Kontakte	11
5. Muslimische Aktivitäten	13
6. Zivilgesellschaftliche Aufgaben	17
Nachwort	22

(1) Antimuslimische Einstellungen sind ein Nährboden für den Rechtsextremismus

In Deutschland, Europa, in den USA bis nach Australien haben ablehnende Einstellungen gegenüber muslimischen Menschen seit Jahren zugenommen. Daraus entstand ein Nährboden für den Rechtsextremismus. Rechtspopulistische und rechtsextreme politische Parteien, Bürgerinitiativen und auch Einzelpersonen verstärkten antimuslimische Einstellungen und fanden dabei Zuspruch in der Bevölkerung. Bestätigt werden ablehnende Haltungen durch terroristische Anschläge, die von Kriminellen ausgeführt werden, die sich auf den Islam berufen. Antimuslimische Einstellungen gehen häufig einher mit Antisemitismus, der Ablehnung von Flüchtlingen und von Europa. Im Jahr 2017 gab es in Deutschland etwa 1.000 gemeldete antimuslimische Anschläge, 1.500 waren antisemitisch motiviert und über 2.000 richteten sich gegen Flüchtlinge und ihre Unterkünfte. Viele weitere Menschen wurden bedroht und in Gefahr gebracht.

(2) Muslimfeindlichkeit verfestigt sich

Eine zunehmende Ablehnung des Islams in Deutschland, gerade in der Mitte der Gesellschaft, zeigte die im Januar 2015 publizierte Untersuchung des Religionsmonitors der Bertelsmann Stiftung. Die Studie hat belegt, dass 57 % der deutschen Mehrheitsbevölkerung den Islam als Bedrohung wahrnehmen, 61 % sind der Meinung, der Islam passe nicht in die westliche Welt. In östlichen Regionen Deutschlands, wo kaum Muslime leben, ist die Ablehnung am größten. Seitdem haben diese negativen Einstellungen insgesamt eher zugenommen. Die Ergebnisse der Studie be-

stätigen, dass Muslime unter einem negativen Image leiden.

Die Bertelsmann-Untersuchung wies zugleich darauf hin, dass Muslime, unabhängig von der Intensität ihres Glaubens, dem deutschen Staat und der Gesellschaft eng verbunden sind. In der persönlichen Begegnung können Vorurteile korrigiert werden, was sich nach der Untersuchung in positiveren Einstellungen junger Menschen zum Islam zeigt. Junge Menschen haben häufiger Kontakt zu Muslimen und sind deutlich offener gegenüber dem Islam.

Durch breite öffentliche Debatten in den letzten Jahrzehnten haben sich ablehnende Einstellungen verstärkt: Beispiele dafür waren Debatten über den öffentlich hörbaren Gebetsruf (Ezan/Adhan), die Diskussion um antisemitische Einstellungen bei einigen Muslimen, die angebliche Ablehnung des Grundgesetzes, das Kopftuch, vermeintliche »Ehrenmorde«, den Schwimmunterricht, die Scharia als vermeintliche parallele Gesetzesgrundlage, Moscheen als »Gegengesellschaften«, die Beschneidung von Frauen, Klassenfahrten, die »Kopftuchmädchen« von Thilo Sarrazin, Minarette in der Schweiz, die Hasstiraden der Pegida-Gruppen gegen die angebliche Islamisierung des Abendlandes, Anschläge und Gewalt im Namen des Islams, den sogenannten Islamischen Staat (Daesh), die Gefährder und »Schläfer«, den Salafismus und vieles mehr. Die meisten Themen standen im Zentrum emotional geführter öffentlicher Kampagnen und sind dann doch einfach wieder verschwunden. Aber geblieben ist die zunehmende Ablehnung von Muslimen.

(3) Das Spektrum von Einstellungen zum Islam und zu Muslimen ist breit

In der Gesellschaft lässt sich ein breites Spektrum unterschiedlicher Einstellungen zum Islam und zu Muslimen beobachten:

- Die Idealisierung des Islams und der Muslime, bei der Konflikte grundsätzlich in Abrede gestellt werden;
- Islamkritik, die in Vorhaltungen z.B. zur angeblichen Unvereinbarkeit der Grundwerte des Islams mit den Idealen der Menschenrechte zum Ausdruck kommt;
- Ressentiments, die aus Unkenntnis und negativen persönlichen Erfahrungen sowie ablehnenden Medienberichten herrühren;
- Muslimfeindlichkeit, bei der Muslime herabwürdigend beurteilt werden;
- Antimuslimischer Rassismus basiert auf der Vorstellung von Muslimen als homogener Gruppe; dieser werden negative Eigenschaften zugeordnet, mit denen Diskriminierungen gerechtfertigt werden und die Ausdruck eines Dominanzverhältnisses sind.

(4) Das Miteinander ist insgesamt gut

Nach allen negativen Debatten müsste der Alltag mit Muslimen vor allem durch Konflikte geprägt sein. Es gibt Spannungen und Auseinandersetzungen bis hin zu Anschlägen auf Moscheen. Ursachen dafür sind fehlende Kommunikation, Vorurteile, Missverständnisse, unterschiedliche Interessen oder rassistische Einstellungen.

Insgesamt ist das alltägliche Miteinander pragmatisch und kann vielfach als gut bezeichnet werden.

Immer deutlicher ist eine Differenzierung zu beobachten: In Städten mit einem großen Anteil von Muslimen wird immer seltener von Konflikten berichtet. In der jungen Generation ist das Miteinander vor allem in Ballungszentren selbstverständlich geworden. Stärker verbreitet sind Vorurteile vor allem im ländlichen Raum, wo es kaum persönliche Berührungspunkte gibt. Umso mehr Kontakte bestehen, desto besser ist das Miteinander.

2. WIE KOMMT ES ZUR MUSLIMFEINDLICHKEIT?

In der Soziologie und Psychologie besteht weitgehend Konsens, dass die eigene Identität dadurch ausgebildet wird, dass ein Gegenüber konstruiert und als »fremd« definiert wird. Hieraus resultieren Ausgrenzungsmechanismen, die Differenzen zu »den Anderen« betonen und vergrößern. Die Ursachen und Motive für ablehnende Einstellungen zu Muslimen sind komplex und vielfältig. Im Folgenden sind einige Faktoren zusammengestellt. Die Reihenfolge enthält keine Gewichtung. Fast jede einzelne Ursache ist schwerwiegend.

(5) Islamfeindlichkeit hat eine lange Geschichte

Muslimfeindliche Einstellungen haben sich seit den Kreuzzügen, den »Türken vor Wien«, der Zeit des Kolonialismus bis zum 9. September 2001 verdichtet. Das europäische Selbstverständnis wurde dadurch vor allem auch in ost-europäischen Ländern seit Jahrhunderten geprägt. Nach dem Antikommunismus haben muslimfeindliche Einstellungen verstärkt eine identitätsstiftende Funktion.

(6) Wahlkämpfe fördern antimuslimische Einstellungen

Insbesondere im Zusammenhang mit Wahlkämpfen gibt es politische Kampagnen, die mit populistischen Unterstellungen agieren und sich an unterschiedlichen Themen festmachen: Kopftuch und Ganzkörperverschleierung, Scharia, Schächten, Konvertiten, eine angeblich religiös sanktionierte Erlaubnis zur Täuschung (*Taqiyya*), vermeintliche »Ehrenmorde« oder ein Verbot von Minaretten. Dazu kommen geschürte Ängste vor einem »Aussterben der Einheimischen«, der häufig zu beobachtenden Außensteuerung von muslimischen Verbänden, den Gefahren von »Parallelgesellschaften«, einer vermeintlich stärkeren Gewaltbereitschaft von Muslimen und der Gefahr der Ausbreitung von Extremismus.

(7) Religiöser Extremismus polarisiert

Terror, der im Namen des Islams ausgeübt wird, ist medial häufig über Bilder aus muslimisch geprägten und gelegentlich auch aus westlichen Ländern gegenwärtig. Berichte über den sogenannten »Islamischen Staat« oder ähnliche Gruppierungen verstärken den Eindruck, dass der Islam notwendig mit Gewalt und Unfrieden zusammenhängt, auch wenn Repräsentanten muslimischer Einrichtungen nicht aufhören, sich davon zu distanzieren. Erst langsam setzt sich die Erkenntnis durch: Islamisch geprägte Terroristen sind die größten Feinde der Muslime.

(8) Der Verfassungsschutz verstärkt die Islamfeindlichkeit

Die jährlichen Berichte des Bundesamtes und der Landesämter für Verfassungsschutz haben seit langem hervorgehoben, dass es eine Zunahme des Islamismus in Deutsch-

land gibt. Nachdem das durch Zahlen nicht mehr zu begründen ist, wurde von einer ständigen Zunahme des Salafismus gesprochen. Dabei wird größtenteils ausgeblendet, dass sich die meisten als Salafisten bezeichnenden Muslime an der Zeit von Muhammad orientieren, religiöse Regeln streng beachten und unpolitisch sind. Sie stellen keine Gefahr für die freiheitlich-demokratische Grundordnung dar. Das ist anders bei den extremistischen Salafisten, die zahlenmäßig zunehmen und als Gefährder eingestuft werden, insgesamt aber überschaubar sind. Hier sollte besser unterschieden werden, was leider nur selten erfolgt. Medien greifen diese Berichte häufig unkritisch auf und übertreiben sie noch.

Mediale Anfragen bei Verfassungsschutzämtern zu einzelnen Gruppierungen führen gelegentlich dazu, dass sehr allgemein auf eine Beobachtung der Gruppe hingewiesen wird. Von manchen Blogs in sozialen Medien wird das verstärkt und unkritisch verbreitet. Das führt dann vor Ort oftmals zu Verwerfungen, Misstrauen und manchmal auch zum Abbruch jahrelanger guter Kooperationen. Für die Betroffenen gibt es keine qualifizierten Verfahren, um negative Behauptungen zu korrigieren. Sie ziehen sich dann häufig enttäuscht zurück, auch wenn sie in den Verfassungsschutzberichten gar nicht erwähnt werden.

(9) Medien festigen negative Einstellungen

Negative Darstellungen von Muslimen in den unterschiedlichen Medien sind wesentlich häufiger als positive, bleiben stärker im Bewusstsein haften und bestätigen Vorurteile. Die verbreiteten Erfahrungen des guten Zusammenlebens von Muslimen und Nicht-Muslimen werden kaum zu den guten Sendezeiten und auf den Titelseiten dargestellt. Gute Nachrichten sind – wie bei den meisten anderen Themen auch – keine Nachrichten.

(10) Vorurteile werden durch zahlreiche weitere Faktoren verursacht

Menschen aus muslimisch geprägten Ländern haben dort oftmals schlimme Erfahrungen gemacht und übertragen diese Erinnerungen auf Deutschland, greifen Vorurteile bestätigend auf und beeinflussen dadurch die öffentliche Debatte. Negative Einschätzungen werden auch verstärkt durch Berichte über

- ablehnende Einstellungen gegenüber Homosexuellen,
- einseitige Debatten über die Jugendkriminalität,
- unzureichende Informationen über die Leistungen islamischer Kultur in den Lehr- und Bildungsplänen,
- konkurrierende Wahrheitsansprüche der verschiedenen Religionen,
- die Stilisierung vorhandener religiöser Unterschiede zu unüberbrückbaren Gegensätzen,
- einem angeblichen Antagonismus von Islam und Moderne,
- Zwangsverheiratungen, die nur dem Islam zugeschrieben werden und vielem mehr.

Ursachen und Motive für ablehnende Einstellungen gegenüber Muslimen sind massiv und erdrückend. Es bedarf großer Anstrengungen, hiergegen etwas nachhaltig und erfolgreich zu unternehmen. Mit kurzfristigen Erfolgen ist nicht zu rechnen. Daher muss davon ausgegangen werden, dass ablehnende, rassistische und gewaltbereite Einstellungen in den nächsten Jahren weiter bestehen bleiben.

3. DIE DEMOKRATIE WIRD GEFÄHRDET

(11) Antimuslimische Emotionen fördern antidemokratische Einstellungen

Eine Aufgabe von demokratischen und an Menschenrechten orientierten politischen Parteien ist es, sich für den sozialen Frieden einzusetzen und rassistischen Stimmungen nicht nachzugeben. Politisch Verantwortliche haben allerdings immer wieder die Tendenz, Vorurteile zu verstärken und für Wahlen zu instrumentalisieren. Dem muss auf breiter Ebene widersprochen werden. Erst dann lassen sich manche Politikerinnen und Politiker von derartigen Kampagnen abbringen.

Antimuslimische Kampagnen stärken rassistische Bewegungen. Rechtsextremen Parteien wird eher abgenommen, dass sie gegen Muslime vorgehen und dadurch angebliche Sicherheit und kulturelle Integrität schaffen. Sie wollen über die Ablehnung von Muslimen, Flüchtlingen, Sinti und Roma oder auch Juden die Demokratie und Menschenrechte einschränken sowie anti-europäische Emotionen verstärken. Der antimuslimische Rassismus gefährdet die Demokratie. Europaweit und in den USA ist gegenwärtig zu beobachten, wie rechtsextreme und nationalistische Parteien bei Wahlen erfolgreich sind. Sie stützen sich dabei vor allem auf den antimuslimischen Rassismus, die Ablehnung von Flüchtlingen, Roma und Europa.

(12) Muslimfeindliche Einstellungen schwächen die Menschenrechte

Muslimfeindliche Einstellungen sind auch Türöffner für weitere Formen von Diskriminierung. Hier trägt der Staat eine besondere Verantwortung, da ihm aufgrund verfassungsrechtlicher und völkerrechtlicher Vorgaben eine Garantenfunktion für die Menschenrechte und damit auch die Durchsetzung des menschenrechtlichen Diskriminierungsverbotes zukommt. Der Staat ist infolgedessen gefordert, gegen Diskriminierungen aktiv vorzugehen und dazu beizutragen, dass deren gesellschaftliche Ursachen überwunden werden. Er hat dabei mit der Zivilgesellschaft zu kooperieren und eine langfristige Behandlung dieser Themen zu gewährleisten. Für Religionsgemeinschaften, Bildungsträger, Arbeitgeber, Gewerkschaften, Kultur und Sport ist dies eine Verpflichtung.

4. WANDEL DURCH KONTAKTE

(13) Kooperationen verringern die Muslimfeindlichkeit

Ein entscheidender Ansatz zur Überwindung von antimuslimischem Rassismus sind Kooperationen mit Muslimen. Ohne ein organisiertes Miteinander mit muslimischen Einrichtungen werden Bemühungen nur wenig Erfolg haben. Erst durch den Aufbau entsprechender Kooperationen und Kontakte kann die komplexe Vielfalt unterschiedlicher sozialer, ethnischer und religiöser Gruppierungen verstanden werden. Muslime sollten in politischen, gesellschaftlichen und sozialen Lebensbereichen als gleichberechtigte Partner mitwirken. So gewinnen sie eine für den Einzelnen erfahrbare Präsenz und werden nicht mehr als »die Anderen« oder als eine »einheitliche Gruppe« angesehen. Sie

sind genauso vielfältig wie die nicht-muslimische Bevölkerung.

(14) Vielfältige Aktivitäten sind möglich

Pädagogisch vorbereitete Besuche von Kirchen, Moscheen und Synagogen sollten während der Schulzeit erfolgen und sind in vielen Lehrplänen von Bundesländern vorgesehen. Wenn möglich sind auch Cem-Häuser der Aleviten und Tempel zu besuchen. Damit können Schwellenängste überwunden und authentische Kontakte entwickelt werden. Für viele Kinder und Jugendliche ist die religiöse Vielfalt etwas Normales – und nicht etwas Fremdes oder gar Bedrohliches. Religiöse Gemeinden erhalten selbst Impulse durch die Fragen junger Menschen. Lehrende unterrichten durch solche Besuche nicht nur theoretisch über Religionen.

In diesem Zusammenhang kommt dem Aufbau muslimischer Wohlfahrtsstrukturen eine Schlüsselfunktion zu. Das Ziel gleichberechtigter gesellschaftlicher Partizipation und Teilhabe von Muslimen erfordert einen Rollenwechsel: Die passiven Empfänger von Angeboten haben zu Anbietern von kultur- und religionssensiblen sozialen Dienstleistungen zu werden. Dabei ist die partnerschaftliche Konkurrenz durchaus begrüßenswert: Vom lokalen muslimischen Elternverein zum Aufbau einer Kita vor Ort bis hin zum Wohlfahrtsverband der Muslime in Deutschland. Sozialarbeit kann dabei auch durch Angehörige anderer Religionen erfolgen.

Besonders dringlichen Bedarf gibt es vor allem im Bereich der frühkindlichen Pädagogik (Kindertagesstätten), der Schulsozialarbeit, der Jugendhilfe und der Familienhilfe. Gerade die Absolventinnen und Absolventen der Islamischen Theologie an deutschen Hochschulen stellen hier

eine wissenschaftliche und personelle Ressource von unschätzbarem Wert dar, den es für diese Aufgaben zu nutzen gilt. Bewährte und zeitlich befristete Projekte sollten zu öffentlich geförderten Regelangeboten werden.

5. MUSLIMISCHE AKTIVITÄTEN

(15) Muslime laden ein

Gastfreundschaft ist eine besonders entwickelte Verpflichtung in islamisch geprägten Ländern. Dadurch entstanden zahlreiche muslimische Aktivitäten in Deutschland, die vielfach selbstverständlich geworden sind:

- Seit vielen Jahren gibt es um den 3. Oktober den Tag der offenen Moschee, an dem islamische Gemeinden die Menschen aus der Nachbarschaft einladen.
- Anlässlich der jährlichen Internationalen Wochen gegen Rassismus um den 21. März werden vielerorts Nachbarn zu den Freitagsgebeten eingeladen; daran schließen sich häufig Gespräche und Einladungen zu einem Imbiss an. Im März 2018 haben sich 1.700 Moscheen bei den Freitagsgebeten mit der Überwindung von Rassismus befasst. An zahlreichen Orten nehmen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens an diesen Gebeten teil. Muslimische Gemeinden befürworten es auch, dazu jüdische Persönlichkeiten einzuladen und damit zum Abbau von Antisemitismus beizutragen.
- Immer mehr muslimische Gemeinden oder örtliche Zusammenschlüsse laden während des Ramadan zum öffentlichen Iftar ein – dem gemeinsamen Fastenbrechen nach dem Sonnenuntergang. Tausende nehmen oftmals daran teil. An manchen Orten gibt es Abrahams-Zelte oder Abrahamsfeste, bei denen die Verbundenheit mit

Juden, Christen und den Bahai, aber auch mit Menschen anderer oder ohne Religion hervorgehoben wird.

- Seit einigen Jahren laden vor allem junge Muslime zu Tee-Partys in Familien ein.

(16) Muslimische Kooperationen werden verstärkt

Im Koordinationsrat der Muslime in Deutschland (KRM) haben sich vier große muslimische Gemeinschaften zusammengeschlossen. In der Deutschen Islam Konferenz (DIK) sind auch noch weitere Verbände vertreten. Darüber hinaus gibt es Überlegungen für eine engere Kooperation der vielen anderen muslimischen Gruppierungen wie der Liberalen Muslime, der Muslimischen Jugend in Deutschland (MJD), muslimischen Frauenvereinigungen und anderen, die im Deutschen Islamforum mitarbeiten. Beispielhaft ist auch das bundesweite Projekt »Moscheen fördern Flüchtlinge«, in dem unterschiedliche muslimische Einrichtungen zusammenwirken. Genauso wie bei Christen und Juden kann von Muslimen nicht erwartet werden, dass es nur einen Ansprechpartner gibt.

(17) Interreligiöse Aktivitäten bewähren sich

Immer häufiger werden interreligiöse Kooperationen, bei denen Muslime nicht mehr im Vordergrund stehen. Dadurch wird deutlich, dass es in Deutschland ein insgesamt gutes Miteinander von Menschen unterschiedlicher Religion gibt:

- Seit einigen Jahren gibt es bei der Stiftung für die Internationalen Wochen gegen Rassismus den Arbeitskreis »Muslime laden ein«. Er trug dazu bei, dass sich immer mehr Moscheegemeinden bei Freitagsgebeten im März jeden Jahres mit den Aufgaben der Überwindung von

Rassismus befassen. Viele haben Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister zu kurzen Ansprachen vor der Moscheegemeinde eingeladen. In der Moscheegemeinde in Raunheim/Hessen übernahm 2018 erstmals der Direktor des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden in Hessen eine Ansprache. Seit Mai 2018 hat sich dieser Arbeitskreis erweitert. Vertretungen des Judentums, Christentums, Bahaitums und der Eziden wirken mit. Der Arbeitskreis heißt nun »Religionen laden ein«. Dadurch soll während der UN-Wochen gegen Rassismus der interreligiöse Austausch vor Ort angeregt werden.

- Im Februar 2015 führte das Abrahamische Forum in Deutschland ein Dialogforum durch, bei dem sich Vertretungen von neun Religionsgemeinschaften, des Naturschutzes und staatlicher Stellen auf die gemeinsame Erklärung »Religionen für biologische Vielfalt« verständigt haben. Seitdem arbeiten diese Religionsgemeinschaften in einem Netzwerk zusammen. Anfang September führen sie Religiöse Naturschutztage und -wochen durch, sie haben Religiöse Naturschutzteams für Veranstaltungen zusammengestellt, gestalten Freiflächen um religiöse Gebäude zu Orten der biologischen Vielfalt und vieles mehr. Entscheidend ist die Kooperation für die biologische Vielfalt – religiöse Unterschiede spielen dabei keine Rolle. Gefördert wird das vor allem durch das Bundesamt für Naturschutz (BfN) und die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau (EKHN).
- Solche religiösen Kooperationen sollten in den nächsten Jahren bewusst gefördert werden – z.B. in der Jugendarbeit, Frauenarbeit, Altenarbeit oder der Zusammenarbeit von Räten der Religionen, die es in zahlreichen Kommunen gibt.

(18) Islamische Gelehrte sind gefragt

Universitäten mit islamischen Gelehrten haben eine große Bedeutung bei der Ausbildung von Islamischen Theologen und Religionslehrern. Sie sollten eine qualifizierende Rolle im Dialog mit der Gesellschaft und beim Aufbau von Strukturen sozialer Dienstleistungen wie islamischen Wohlfahrtsverbänden spielen. Ihren wissenschaftlichen und personellen Ressourcen kommt dabei eine Schlüsselfunktion zu. Die vier großen bekenntnisorientierten Islamischen Theologiezentren entwickeln mit Zutun der Verbände eine neue Diskussionskultur auf akademischer Ebene.

Gleichzeitig können sie dazu beitragen, dass Abhängigkeiten muslimischer Einrichtungen von den Herkunftsländern verringert werden. Diese Abhängigkeiten tragen zur Ablehnung von Muslimen bei. Muslimische Einrichtungen in Deutschland sollten eigenständig sein. Dies sollte so schnell wie möglich erreicht werden. Freie und eigenständige Kooperationen mit den Herkunftsländern sind jedoch positiv einzuschätzen.

(19) Muslimische Frauen sind aktiv

Die Frauenarbeit ist teilweise schon hervorragend entwickelt. Angebote für Frauen (z.B. muslimische Frauenhäuser) und im Bereich religionssensibler Familienhilfe (z.B. Qualifikation muslimischer Pflegefamilien) könnten in Zusammenarbeit mit den Instituten für Islamische Theologie deutscher Universitäten entwickelt werden. Bei der Ahmadiyya Muslim Jamaat gibt es bereits ein erstes Frauenhaus und eine eigenständige Frauenorganisation mit 10.000 Frauen. Die Islamische Gemeinschaft Milli Görüs (IGMG) verfügt über eine Frauenorganisation mit über 38.000 Mitgliedern, die europaweit in ihren Moscheegemeinden organisiert sind.

Weiter zu qualifizieren ist vor allem die Jugendarbeit und die Sozialarbeit. Neben dem bisherigen Einsatz muttersprachlicher Imame für die erste und zweite Generation von Gläubigen besteht ein dringender Bedarf für deutschsprachige Jugendimame und Jugendpädagogen für die dritte und vierte Generation. Grundsätzlich ist die Muslimische Jugendarbeit zu stärken – Ansätze dafür gibt es in muslimischen Gemeinden, dem Landesmodell »Hessische Muslime für Demokratie und Vielfalt!« oder durch die Arbeit der Muslimischen Jugend in Deutschland (MJD).

6. ZIVILGESELLSCHAFTLICHE AUFGABEN

(20) Vielfältige Kooperationen aufbauen

Von entscheidender Bedeutung ist es, möglichst viele inhaltliche Kooperationen auszubauen und zu entwickeln. Dabei sollten sich gemeinsame Projekte thematisch nicht nur auf Islamthemen beschränken und Menschen auch unabhängig von ihrer Religion einbeziehen. So haben sich Kooperationen zum Naturschutz, zur antirassistischen Arbeit oder zur Friedensarbeit, in Bürgerinitiativen oder in Vereinen bewährt. Dazu gehören Runde Tische, Stadtteilinitiativen oder Kulturvereine, die miteinander vernetzt sind und öffentlichen Einfluss haben. Durch solche Kooperationen können Verbindungen entstehen, die auch in Krisenzeiten aktivierbar sind.

(21) Religiöse Partnerschaften stärken

Wo sie noch nicht existieren sind Religiöse oder Interreligiöse Räte und Zusammenschlüsse, Runde Tische der Religionen, Abrahamische Lehrhäuser und Teams oder Junge

Abrahamische Teams aufzubauen, die offen für Menschen anderer Religion sind. Einrichtungen wie Islamforen oder die Deutsche Islam Konferenz waren in einer Phase entscheidend, in der allgemein bestritten wurde, dass Dialoge mit Muslimen überhaupt möglich sind. Diese Gremien sind weiterhin für die Bearbeitung spezieller Fachthemen wie die Sozialarbeit oder den innermuslimischen Dialog von Bedeutung. Grundsätzlich gehört es inzwischen zur Normalität, dass Muslime in Deutschland nicht nur in Abrahamischen Teams kooperieren, sondern auch mit anderen Religionen und mit Menschen ohne Religion.

(22) Den Verfassungsschutz beobachten

In Verfassungsschutzberichten werden immer noch muslimische Einrichtungen erwähnt, die keine Gefahr für die freiheitlich demokratische Grundordnung sind. Dazu gehören die Muslimische Jugend in Deutschland (MJD), die noch im Bundesbericht erwähnt wird oder die Islamische Gemeinschaft Milli Görüs (IGMG), die in einigen südlichen Länderberichten und im Bundesbericht genannt wird. Dem Arbeitskreis Muslime und Verfassungsschutz beim Deutschen Islamforum sind keine aktuellen Vorgänge bekannt, die eine Erwähnung dieser Einrichtungen in Verfassungsschutzberichten rechtfertigen. Der Verfassungsschutz sollte sich Gesprächen mit diesen Zusammenschlüssen auch nicht verweigern. Nach den Kriterien des Verfassungsschutzes ist seit Jahren von einer Abnahme der »Islamisten« zu sprechen, was inzwischen auch einige Verfassungsschutzämter hervorheben. Der Verfassungsschutz hat weiterhin wichtige Aufgaben bei der Beobachtung von gewaltbereiten Extremisten oder »Gefährdern«, die z.B. den Daesh unterstützen, den sogenannten Islamischen Staat.

(23) Diskriminierungen entgegenreten

Regionale und überregionale Antidiskriminierungsstellen sind weiter aus- und aufzubauen. Zu ihren Aufgaben gehört es, Benachteiligungen von Muslimen im alltäglichen Leben, sowie am Arbeitsplatz, in Schulen und Universitäten, in Medien und bei der Wohnungssuche, tätliche Angriffe auf Moscheen und andere antimuslimische Straftaten zu dokumentieren und ein Beschwerde- und Clearingmanagement zu ermöglichen. Diese Antidiskriminierungsstellen sind mit mehrsprachigen Personen zu besetzen, um den Betroffenen einen möglichst niedrigschwelligen Zugang zu ermöglichen.

(24) Medienpartnerschaften aufbauen

Antimuslimische Blogs im Internet sind mit ihrem Hass und Rassismus kritisch zu analysieren. Bei Rechtsverstößen ist gegen sie vorzugehen. Zu verstärken sind positive Beispiele wie der Mediendienst Integration oder das Institut für Medienverantwortung. Natürlich ist es medial interessanter und für Quoten ergiebiger, Konflikte mit Muslimen darzustellen. Das muss jedoch in einem ausgewogenen Verhältnis zu den viel häufigeren positiven Beispielen stehen, bei denen es ein gutes Miteinander gibt.

Darüber hinaus ist nach Möglichkeiten zu suchen, um Angebote von Migranten für Migranten in öffentlich-rechtlichen Medien zu schaffen. Es darf nicht akzeptiert werden, dass Menschen mit Migrationsgeschichte Rundfunkgebühren bezahlen, aber in der Gestaltung von Rundfunk- und Radioprogrammen praktisch keine Rolle spielen. Gerade solche, zum Teil muttersprachliche Programme sind eine bisher kaum genutzte Möglichkeit, Menschen mit Migrationsgeschichte – und darunter auch Muslime – über eine Vielzahl wichtiger Themen zu informieren: Von Sprach-

förderung und Bildungsbeteiligung, über Diskriminierung und Rechte, bis zu Themen aus Politik und Gesellschaft. Dies würde der vielbeschworenen gesellschaftlichen Vielfalt endlich auch die notwendige mediale Präsenz geben, Informationsflüsse für notwendige Dialoge ermöglichen und Integration durch Partizipation und Teilhabe befördern. Angesichts der Zuwanderung von arabischsprachigen Flüchtlingen sind solche Angebote besonders dringlich.

(25) Netzwerke verstärken

Rechtsextremisten und fanatische Muslimhasser sind in sozialen Netzwerken aktiv und vermitteln den Eindruck, dass sie Mehrheiten in der öffentlichen Debatte hinter sich haben. Rechtsextreme und rechtspopulistische Gewalttäter sind zu isolieren. Es ist sichtbar zu machen, dass die große Mehrheit der Bevölkerung für ein gutes Miteinander eintritt. Netzwerke in Kooperation mit demokratischen gesellschaftlichen Einrichtungen haben dafür eine große Bedeutung. Dieses Engagement zeigt sich besonders bei den jährlichen Wochen der Brüderlichkeit Anfang März, den über 2.000 Veranstaltungen bei den Internationalen Wochen gegen Rassismus um den 21. März, dem jährlichen Roma-Tag am 8. April, dem Tag gegen antimuslimischen Rassismus am 1. Juli, den über 5.000 Veranstaltungen zu den Interkulturellen Wochen Ende September mit dem Flüchtlingstag in dieser und den über 1.000 Angeboten zu Besuchen am Tag der offenen Moschee am 3. Oktober jeden Jahres.

(26) SCHULTER AN SCHULTER – Solidarität gegen Gewalt

Bei Anschlägen auf Moscheen, Synagogen oder Flüchtlingsheime sind breite Solidarisierungen vor Ort erforderlich. Anschläge erfolgen in der Erwartung, dass sie von der Mehrheit der Bevölkerung mitgetragen werden. Daher sollten die Gewalttäter erfahren, dass sich die große Mehrheit der Bevölkerung öffentlich mit den Opfern solidarisiert.

An wenigen Orten wie bei den früheren Dresdner Pegida-Demonstrationen gegen die »Islamisierung des Abendlandes« bleiben solche Solidarisierungen in der Minderheit. Dann ist es entscheidend, dass die Mehrheit der Bevölkerung und ihrer Institutionen daran arbeitet und für ein friedliches Miteinander mit Muslimen, Juden, Roma oder Flüchtlingen öffentlich eintritt. In Dresden erfolgte dazu ein beispielhaftes Engagement. Inzwischen sind dort die Pegida-Demonstrationen zurückgegangen und die Mehrheit der demokratischen Bevölkerung setzt sich zunehmend durch.

Ausgelöst durch einen Anschlag auf eine Moschee in Darmstadt wurde von der Stiftung gegen Rassismus die Initiative SCHULTER AN SCHULTER (SAS) eingerichtet, die solidarische Initiativen berät und finanziell unterstützt.

NACHWORT

Der Interkulturelle Rat in Deutschland hat 2008 die Broschüre »Das Islambild verändern. Positionen zur Überwindung von Islamfeindlichkeit« erstellt, die in mehreren Auflagen veröffentlicht wurde. Die Debatte dazu wurde veröffentlicht in dem von Jürgen Micksch im Jahr 2009 herausgegebenen Buch »Antimuslimischer Rassismus. Konflikte als Chance«.

Am 29. April 2015 wurde im Deutschen Islamforum vorgeschlagen, die Broschüre angesichts der inzwischen gemachten Erfahrungen weiterzuentwickeln. Dazu erfolgte ein Austausch in einer vom Deutschen Islamforum eingerichteten Arbeitsgruppe sowie mit Experten. In der Sitzung des Deutschen Islamforums am 16. November 2015 in Frankfurt am Main wurde diese Ausarbeitung besprochen und Anregungen aufgegriffen. Weitere Hinweise und Vorschläge erfolgten besonders durch Dunya Elemenler, Dr. Yasar Bilgin, Marc Jacobsen, Yasmin Khurshid, Aiman Mazyek und Mehmet Senel.

Die im Januar 2016 veröffentlichte 1. Auflage von »Antimuslimischer Rassismus – und was tun?« war bald vergriffen und wurde mehrfach nachgedruckt. Nachdem auch die dritte Auflage vergriffen war, wurde vom Deutschen Islamforum ein weiterer Nachdruck empfohlen. Für die vierte Auflage erfolgte eine gründliche Überarbeitung, bei der neue und aktuelle Entwicklungen einbezogen wurden. Das Literaturverzeichnis wurde gestrichen, da es inzwischen viele Veröffentlichungen gibt. Für Hinweise bei der Überarbeitung danken wir dem Deutschen Islamforum sowie Helena Falk, Prof. Dr. Kai Hafez und Lukas Krempel.

Über kritische Hinweise und Anregungen zu der Broschüre freuen wir uns. Mit der Überwindung von antimuslimischem Rassismus hat sich unsere Gesellschaft noch lange zu befassen. Bisherige Erfahrungen zeigen, dass sich ein Engagement lohnt.

Jürgen Micksch

Geschäftsführender Vorstand der Stiftung für die Internationalen Wochen gegen Rassismus

Darmstadt, Dezember 2018

Stiftung für die Internationalen Wochen gegen Rassismus

64293 Darmstadt, Goebelstraße 21a

Telefon 06151 - 33 99 71, Fax 06151 - 39 19 740

E-Mail: info@stiftung-gegen-rassismus.de

<https://stiftung-gegen-rassismus.de>

Die Stiftung für die Internationalen Wochen gegen Rassismus ist vom Regierungspräsidium Darmstadt am 6. Mai 2014 unter dem Aktenzeichen | 13-25d 04/11-(11)-156- als rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts eingerichtet worden.

Das Finanzamt Darmstadt hat die Stiftung unter der Steuernummer 07 250 48085 – V/602 als gemeinnützig anerkannt.

Weitere Exemplare der Broschüre können bei der Stiftung bis zu 5 Exemplaren und bei Schulklassen und in der Jugendarbeit bis zu 20 Exemplaren kostenlos angefordert werden. Spenden werden erbeten. Der Unkostenpreis bei mehr Bestellungen beträgt 0,50 Euro pro Exemplar zuzüglich Versandkosten.

Spendenkonto der Stiftung gegen Rassismus:

Evangelische Bank eG

IBAN: DE14 5206 0410 0004 1206 04

BIC: GENODEF1EK1

4. neu überarbeitete Auflage, Dezember 2018



STIFTUNG
für die Internationalen Wochen
GEGEN RASSISMUS